Helvetische Bank
Die Bank für Unternehmer
Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
Tel. 044 204 56 00
www.helvetischebank.ch

Freitag, 31. Oktober 2025 | Nr. 44 | 67. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Daueraufenthalt auch für Sozialhilfeabhängige
von Reinhard Wegelin
Seite 2

Kanton Zürich
Links-Grüne Wohninitiativen abgeschmettert
von Markus Bopp
Seite 3

Aktuell
SVP-Medienkonferenz: Beat Jans' Asylchaos – Aufwände explodieren
Seite 4

Parlamentsgemeinden
Linke wollen Dietikon unbedingt zerstören
von Konrad Lips
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Podium mit Mauro Tuena und Ueli Pfister
Seite 7

ABSTIMMUNG VOM 30. NOVEMBER 2025

Sägen wir nicht am Ast, der unseren Wohlstand trägt

Am 30. November stimmen wir über die Juso-Initiative «Für eine Zukunft» ab. Hinter dem wohlklingenden Titel verbirgt sich eine gefährliche Umverteilungsmaschine, die familiengeführte Unternehmen gefährdet und auch dem Mittelstand schadet.

Die Juso zerstören mit ihrer Initiative einen Grundpfeiler der traditionellen Schweizer Wirtschaft und überlassen den Schaden dem Mittelstand. Deshalb sagen wir: NEIN zur zerstörerischen Juso-Initiative! Bild: juso-nein.ch

Die Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» der Jungsozialistinnen und -sozialisten (Juso) strebt die Einführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer auf Bundesebene an. Die Juso wollen, dass Nachlässe und Schenkungen über 50 Millionen Franken künftig zu 50 Prozent besteuert werden. Der Ertrag dieser Steuer wäre zweckgebunden und würde zu zwei Dritteln an den Bund und zu einem Drittel an die Kantone fliessen. Die angeblich jährlich sechs Milliarden Franken sollen für die «sozial gerechte Bekämpfung der Klimakrise» und den «dafür notwendigen Umbau der Gesamtwirtschaft» verwendet werden. Klingt verführerisch einfach: die Reichen zahlen, die Umwelt gewinnt. Nur funktioniert die Welt nicht so simpel.

Ich freue mich, dass sich die Initiantinnen und Initianten Sorgen um die Finanzen des Staates machen. Aber das ist auch schon alles, was man dieser Initiative Positives abgewinnen kann. Diese Initiative ist mehr als ein Bumerang. Das Echo dieser Initiative ist so laut, dass selbst der beste Gehörschutz nichts nützt.

Wer die Kuh vertreibt, darf sich über leere Kassen nicht wundern

Heute bezahlt rund ein Prozent der Steuerpflichtigen 40 Prozent der gesamten Steuern. Diese Steuerzahler sind tragende Pfeiler unseres Staates. Wer glaubt, man könne diese «Milchkuh» einfach noch stärker melken, ohne dass sie irgendwann umfällt oder davonläuft, hat den Bezug zur Realität verloren.

Denn genau das wird passieren. Diese Kuh findet ihr Futter auch auf einer anderen Weide. Vermögende Menschen sind mobil. Laut Bundesratsbotschaft würde eine solche Steuer zu einer massiven Abwanderung führen: Bei einer Erhöhung des Erbschaftssteuersatzes um zehn Prozentpunkte steigt die Nettoabwanderung um bis zu 40 Prozent, bei über 65-Jährigen gar auf fast 97 Prozent. Wer soll dann noch die Steuern bezahlen?

«Die Juso-Initiative ist eines Rechtsstaats unwürdig.»

Ein Frontalangriff auf Föderalismus und Eigentum

Mit den Vermögen wandern auch Einkommen ab. Am Ende verlieren wir jährlich zwischen 2,1 und 3,5 Milliarden Franken. Damit entpuppt sich der grosse Wurf der Juso als Eigentor. Klimaschutz lässt sich nicht durch wirtschaftliche Selbstzerstörung finanzieren. Wenn die Reichsten gehen, bleibt die Rechnung beim Mittelstand hängen: Werden die Steuereinnahmen kompensiert, kostet das die verbleibenden aktiven Steuerzahler im Mittel 1265 Franken zusätzliche Steuern – pro Jahr.

Hinzu kommt, dass diese Initiative ein Frontalangriff auf unseren Föderalismus ist. Die Steuerhoheit über Erbschaften liegt bei den Kantonen. Die Initiative reisst diese Kompetenz an sich, ignoriert die föderale Ordnung und verteilt das Geld nach einem Schlüssel, der schlicht aus der Luft gegriffen ist. In gewissen Kantonen wie Genf könnte das Vermögen durch die kumulierte Steuerbelastung faktisch zu 100 Prozent besteuert werden. Das ist nichts anderes als eine Verstaatlichung sämtlichen Vermögens, widerspricht der Eigentumsgarantie und verletzt die Rechtsstaatlichkeit aufs Gröbste.

Ein Schlag ins Gesicht unserer Unternehmerinnen und Unternehmer

Viele dieser «Superreichen», die man jetzt zur Kasse bitten will, sind in Wahrheit Eigentümerinnen und Eigentümer von Unternehmen. Ihr Vermögen steckt nicht auf dem Konto, sondern in Maschinen, Gebäuden, Produktionsanlagen, Arbeitsplätzen. Wer 50 Prozent Steuer verlangt, zwingt sie, ihr Lebenswerk zu verkaufen – und das oft an internationale Konzerne. Sind es aber doch gerade die Familienunternehmen und nicht von ausländischen Fonds getriebene Firmen, welche eine nachhaltige Wirtschaft und auch langfristig die Arbeitsplätze der Schweiz sichern.

Bereits die Einreichung dieser Initiative hat in der Wirtschaft für Unsicherheit gesorgt. Das Vertrauen in die Stabilität unseres Standorts bröckelt. Selbst der Bundesrat musste klarstellen, dass eine rückwirkende Anwendung der Massnahmen eines Rechtsstaats unwürdig wäre.

Klimaschutz mit Vernunft, Freiheit und Verantwortung

Diese Initiative ist nichts anderes als Klassenkampf im grünen Mäntelchen: ideologisch, populistisch und gefährlich. Sie spaltet statt zu verbinden, vertreibt statt zu gestalten. Echten Klimaschutz erreichen wir nicht, indem wir die Leistungsträger bestrafen, sondern indem wir Innovation fördern, Technologie vorantreiben und Rahmenbedingungen schaffen, die alle mittragen können.

Am 30. November geht es nicht nur um Steuern. Es geht um Vernunft, um Freiheit und um die Zukunft unseres Landes. Sägen wir nicht am Ast, auf dem wir sitzen. Tragen wir Sorge zur Milchkuh, die uns ernährt. Und sagen wir klar und deutlich NEIN zur Juso-Initiative «Für eine Zukunft».

Martin Hübscher
Nationalrat SVP
Bertschikon

Christoph Mörgeli

Neues vom Märchen-Michel

Der EU-Anbindungsfreund Simon Michel behauptet: «Die FDP will sehr wohl mit den Bilateralen III vors Volk.» Durch einen Beschluss im Parlament würden er und seine Partei die Verträge mit Brüssel im Winter 2026 dem Einfachen Mehr unterstellen. «Und zwar verfassungsgemäss mit einem Volksmehr, wie es Artikel 140 der Bundesverfassung unmissverständlich vorgibt.»

Will die FDP also «mit den Bilateralen III vors Volk»? Nein, nur in Michels Märchenstunde. Wenn die SVP bei den EU-Anbindungsverträgen kein Referendum ergreift und zustande bringt, kommt gar nichts vors Volk. Wenn die SVP nicht bei Hitze, Sturm, Hagel und Schneesturm 50 000 Unterschriften sammelt, gibt es über die automatische, integrale Übernahme unzähliger EU-Gesetze überhaupt keinen Volksentscheid. Leider weiss die FDP schon gar nicht mehr, wie mühselig und kostspielig das Unterschriftensammeln ist. Die letzte von der FDP gestartete Volksinitiative musste die Partei mangels Unterschriften schmählich abblasen.

Es ist faktenwidrig, wenn die FDP und andere Parteien behaupten, sie seien in der Europafrage zwar gegen ein Ständemehr, aber für ein Volksmehr. Sie müssten ehrlicherweise zugeben, dass es bei der wichtigsten politischen Frage für das Land im 21. Jahrhundert trotz unserer vielgerühmten direkten Demokratie ohne referendumsfähige SVP keine Volksabstimmung gäbe. Der Bundesrat, die Verwaltung und das Parlament würden ohne SVP ganz allein bestimmen, dass künftig die EU zum Gesetzgeber in allen Bereichen des gemeinsamen Marktes und der Personenfreizügigkeit würde. Das Volk hätte ohne SVP-Referendum nichts zu melden, ob künftig fremde EU-Richter entscheiden und ob im Falle «falscher» Volksentscheide die EU Strafmassnahmen verhängen darf.

Da kann der Märchen-Michel noch so oft behaupten, die FDP sei für ein Volksmehr. Solange er nicht bereit ist, mit der SVP Unterschriften zu sammeln, bleiben seine Worte Schall und Rauch. Doch Simon Michel glaubt ans erste Gebot jedes Märchenerzählers: Man muss ihm einfach glauben. Was er sich vormacht, macht ihm keiner nach.

ZUM EU-UNTERWERFUNGSVERTRAG

Obligatorisches Referendum Ja – eine Frage der reinen Logik

In der letzten «Arena» des Schweizer Fernsehens stand das Thema im Zentrum, ob es zur Annahme des EU-Rahmenvertrages auch der Zustimmung der Kantone (Ständemehr) bedürfe.

Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

An dieser nahmen ausser SVP-Nationalrat Thomas Matter Vertreter von FDP, Die Mitte und SP teil. Dabei brachte es Thomas Matter gekonnt auf den Punkt. Er erinnerte daran, dass im Jahre 2014 Art. 121a der Bundesverfassung erlassen wurde. Die Bundesverfassung wurde dadurch wörtlich wie folgt ergänzt: «Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.» Dem stimmten Volk und Stände zu. Dies geschah in Übereinstimmung mit den für Änderung und Ergänzung der Bundesverfassung geltenden Regeln. Nunmehr soll obiger zentraler Grundsatz durch die EU-Verträge ausgehebelt werden. Und das ohne das Ständemehr, ohne die mehrheitliche Zustimmung der Kantone.

Völkerrechtliche Verträge gehen nach dem Urteil des Bundesgerichts von 2015 der Bundesverfassung vor, sollen jedoch im Gegensatz zu diesen ohne Ständemehr erlassen werden. Wo bleibt da die Logik? Noch «schöner»: Das Bundesgericht hat – wie vorstehend erwähnt – im Jahre 2015 in einem u.a. die Personenfreizügigkeit betreffenden Fall entschieden, dass das Völkerrecht bzw. die Staatsverträge (dazu zählt auch der EU-Rahmenvertrag) der Schweizerischen Bundesverfassung vorgingen. Nun soll für den EU-Rahmenvertrag das Ständemehr nicht gelten. Das übergeordnete Recht soll ohne Ständemehr erlassen werden, derweil die untergeordneten (u.a. denselben Gegenstand betreffenden) Verfassungsbestimmungen der Zustimmung von Volk und Ständen bedürften.

Eine reine Frage der Logik

Die vorliegende Frage hat nichts mit Recht und Politik zu tun. Sie ist eine rein logische Frage. Doch es zeigte sich in der Runde, dass das an sich einfache Problem den SP-Nationalrat und die Mitte-Nationalrätin, die in der Arena mitwirkten, intellektuell überforderte, derweil der FDP-Vertreter sich offensichtlich unwillig zeigte, den Ball aufzunehmen. Es nützte nichts, dass Nationalrat Thomas Matter erläuterte, er habe vier Bundesrichtern, verschiedener Observanz, das Problem unterbreitet. Übereinstimmend hätten ihm alle ausnahmslos zugestimmt.

Auch für Jugendliche kein Problem

Weil ich selbst einmal Bundesrichter gewesen bin, habe ich drei von Juristerei und Politik unbelastete Jugendliche mit der Sache konfrontiert: eine Gymnasiastin, einen Gymnasiasten und einen aufgeweckten Banklehrling. Alle drei erkannten rasch, dass es sich um ein reines Problem der Logik handle. Wenn es für die Bundesverfassung das Ständemehr braucht, so logischerweise auch für die übergeordneten Staatsverträge, d.h. auch für den EU-Rahmenvertrag. Logisch, auch das Ständemehr für diesen, antworteten die Jungen…

WIE DIE EU-UNTERWERFUNGSVERTRÄGE EU-AUSLÄNDER BEGÜNSTIGEN

Daueraufenthalt auch ohne Job

Dank einer weiteren Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit der EU würden neu 570 000 Personen nach fünf Jahren Aufenthalt ein Recht auf Daueraufenthalt erhalten.

Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

In den von der FDP-Delegiertenversammlung vor Kurzem angenommenen EU-Verträgen verpflichtet sich die Schweiz neu, die Personenfreizügigkeit auszudehnen und Teile der Unionsbürgerrichtlinie zu übernehmen. Diese erlaubt den EU-Bürgern, sich in allen Vertragsstaaten frei zu bewegen und räumt ein Daueraufenthaltsrecht nach fünfjährigem Aufenthalt ein. Ein Job ist keine Bedingung mehr dafür.

Unionsbürgerrichtlinie als Falle

Bei der sogenannten Teilübernahme der Unionsbürgerrichtlinie wird der Familiennachzug ausgedehnt. Das betrifft nicht nur minderjährige Kinder und Ehegatten, sondern auch Enkel. Als Nicht-Mitglied der EU brauchen wir auch keine Unionsbürgerrichtlinie – auch nicht deren Teilübernahme.

Deutschlands Turboeinbürgerungen

Ein erschreckendes Beispiel: Ein Syrer, der dank den deutschen Turboeinbürgerungen EU-Bürger wurde, wandert in die Schweiz ein und kann dann seine Grossfamilie direkt aus Syrien nachziehen. Im Klartext heisst das: Die Schweiz soll nun für die schludrige Politik der früheren Kanzlerin Angela Merkel und ihrer Nachfolger büssen. Sie kann keine eigene Einwanderungspolitik mehr machen. Wollen wir das?

Auch SVP-Nationalrätin Barbara Steinemann hat kürzlich darauf hingewiesen: «Ein EU-Pass-Inhaber muss auch nicht wirklich ein Europäer sein. Mit den laschen Einbürgerungspraxen anderer Länder wird ein Zuwanderer aus aussereuropäischen Kulturen recht schnell und einfach zum Unionsbürger. Und bei seinen nachzugsberechtigten Familienmitgliedern kann es sich auch um Drittstaatenangehörige handeln.»

Stolperparagrafen – überall

«Das Daueraufenthaltsrecht ist eine Art Schweizer Pass ohne Stimmrecht», meint der Einwanderungsspezialist und Thurgauer SVP-Nationalrat Pascal Schmid. Es sei eine regelrechte Garantie für Rundumversorgung. Das Daueraufenthaltsrecht sei selbst bei Kriminalität nicht einziehbar. Aber: Hat irgendjemand ausser der SVP diese Stolperverträge überhaupt gelesen?

Der Zürcher SVP-Nationalrat Thomas Matter brachte es kürzlich auf den Punkt: «Wer für diesen Vertrag ist, ist nicht ganz gebacken.» Dies sollen sich auch die Befürworter der einseitigen Verträge und auch die unnötig zögernde organisierte Landwirtschaft hinter die Ohren schreiben. Ein Zurück wird es nicht mehr geben.

Ein Daueraufenthaltsrecht in der Schweiz würde mit der Unionsbürgerrichtlinie auch erhalten, wer während fünf Jahren eineinhalb Jahre Arbeitslosengeld und/oder ein halbes Jahr Sozialhilfe bezieht. Bild: Pexels

PRÜFE, WER SICH EWIG BINDET

Im Erfolg ist die Saat der kommenden Niederlage gesät

Es versteht sich von selbst, dass kein SVP-Mitglied, das bei Verstand ist, sich über den maroden Zustand der FDP freuen kann.

Bernhard Ecklin
Präsident SVP Zollikon
Zollikon

Viele der hämischen und wütenden Kommentare an die Adresse der ehemals patriotischen FDP sind der Verzweiflung geschuldet. Verzweiflung darüber, dass ausgerechnet die FDP-Delegierten, deren Vorfahren gestern so weise und klarsichtig waren, ihre Macht freiwillig zu teilen, um die Einheit des Landes in Vielfalt zu fördern, heute Lunte an sie anlegen, um deren Reste morgen willentlich fremden Vögten zu unterstellen.

Die Frage zum Ständemehr war der Lackmustest, den die Erben der ehemals staatstragenden Partei zu bestehen hatten. Sie lautete: «Willst du auch in Zukunft für die Schweizerische Konföderation einstehen?»

Anpasser wollen aus der Schweiz eine Aktiengesellschaft machen

Die ernüchternde Antwort dieser Anpasser lautet: «Es ist für uns bequemer, unser Haupt vor einem Brüssel zu beugen, als uns mit der obsoleten Bundesverfassung, der mühsamen Vielfalt des unberechenbaren Souveräns, den 26 widerborstigen Ständen und dem Fundament unserer Demokratie, den 2121 politischen Gemeinden, auseinandersetzen zu müssen!»

Profaner und vollkommen unschweizerisch lässt uns die Mehrheit der FDP wissen: «Erstens, wir sehen die Schweiz als eine Aktiengesellschaft, deren Anteile wir je nach Konjunktur an den Meistbietenden zu veräussern bereit sind. Zweitens, wir wollen nicht mehr souverän sein, sondern von EU-Technokraten und Richtern geführt werden. Drittens, wir wünschen Teil eines uniformen Europas zu sein, von keinerlei kulturellen Eigenheiten oder demokratischem Willen behindert, weil das schlecht fürs Geschäft ist.»

Wem bei diesem Bekenntnis auch die FDP-Nationalrätin, EU-Anschlussfreundin und Konzern-Lobbyistin Christa Markwalder in den Sinn kommt, dem sei versichert, dass er damit nicht alleine steht.

Ein Erzschelm, wer hinter diesem defaitistischen Opportunismus nicht das Resultat 80 Jahren ererbten Friedens und Wohlstands, mündend in regelrechte Werteverwahrlosung, sähe.

Bürgerliche FDP-Patrioten warnen seit Langem vor schleichender Usurpation ihrer Partei durch die Schwarmdummheit der bei ihnen unkontrolliert über die Jahre eingesickerten, mehrheitlich weiblichen, Scheinliberalen mit linksgrüner Agenda. In besonders schlechter Erinnerung ist uns diesbezüglich die dauerlächelnde Kühlerfigur dieser vom Zeitgeistvirus angesteckten Biegsamen geblieben, Ständerätin Petra Gössi.

Dieser Virus hat sich mit Unterstützung des sogenannten «Grosskapitals», von Konzernen, von internationalistischen «Hors-sol»-Politikern und Wirtschaftsführern sowie unseren sattgemästeten Verwaltungseliten in Bund und Kantonen rasant ausgebreitet.

Erfolg zieht Trittbrettfahrer an wie das Licht die Motten

Was hat das mit dem Aufwind, mit dem unsere Partei zur Zeit beschenkt wird, zu tun?

Christoph Blocher hat uns seit vielen Jahren bei jedem Erfolg ins Stammheft diktiert: «Im Erfolg ist die Saat der kommenden Niederlage gesät!»

Zwei grosse Gefahren lauern: Selbstgenügsamkeit sowie Aufnahme oder Förderung ungeeigneter Neumitglieder.

Selbstgenügsamkeit führt zu Stillstand und Werteverwässerung. Neumitglieder sind ein Segen, sie sind aber auch eine Gefahr; dann nämlich, wenn sie das Virus des Scheinbürgerlichen und des Beliebigen bei uns einschleppen. Denn wer bitte schön wünscht sich BDP-Wiedergänger?

Wer sich der aktuell stärksten Partei persönlicher Gewinnaussichten wegen angeschlossen hat, wird sich nicht in ihren Dienst stellen, sondern seinen schwankenden Einsatz am angenommenen persönlichen Vorteil ausrichten und mit der Zeit dazu beitragen, aus der SVP eine Honorationenpartei à la FDP zu machen. Eine Partei also, die gefallen und gewinnen will, anstatt sich für das Richtige einzusetzen.

Genaues Hinschauen ist deshalb weniger bei den bei uns anklopfenden Mittelständlern, Handwerkern und Secondos angebracht, denen die Schweiz nicht mühsame Option unter vielen, sondern fordernde Heimat und Zukunft in Freiheit bedeutet. Gefahr lauert vielmehr von den Gewinnlern unter heimatvergessenen und eloquenten Eliten in Politik, Wirtschaft, Universitäten, Verwaltung und Medien, die es gewohnt sind, bei jeder Konjunktur wie Korken oder Fettaugen unverankert obenauf zu schwimmen.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Vom Flughafen und kantonalen Wohninitiativen!

Immer am letzten Montag des Monats findet eine Doppelsitzung des Kantonsrates statt. «Doppel» heisst in diesem Falle: Morgen und Nachmittag sind für die politische Auseinandersetzung reserviert. Zwischen diesen beiden Sitzungen finden eine Mittagspause und auch diverse Fraktionssitzungen statt.

Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich

Zurzeit stehen mehrere Volksinitiativen auf den Traktandenlisten von Kantonsrat und Kommissionen. Diese haben gesetzliche Behandlungsfristen und kommen meist speditiv, nach der Schlussabstimmung in der zuständigen Kommission, in den Kantonsrat.

So auch an diesem Montag vier Wohnungs-/Wohnrauminitiativen aus verschiedenen politischen Lagern. Zwei des linken politischen Spektrums und zwei aus der Küche des Hauseigentümerverbands (HEV). Obwohl vom Präsidenten der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) Marcel Suter (SVP, Thalwil) minutiös vorbereitet und lange angekündigt, konnten bis zum Sitzungsende nicht alle vier Volksinitiativen behandelt werden!

Politische Kampagne der Flughafen-Gegnerschaft

Doch ganz der Reihe nach… Was ist geschehen, dass der Kantonsrat gerade einmal bis Traktandum sechs auf seiner Traktandenliste gekommen ist? Zuerst eine weitere Flughafen-Debatte… Mit dem dringlichen Postulat KR-Nr. 273/2025 verlangte Links-Grün ein öffentliches Spendenregister mit einer minutiösen Auflistung der Spendentätigkeit der Flughafen Zürich AG (FZAG). Treffend eröffnete Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg) sein Votum für die SVP-Fraktion mit «Sie reiten hier ein totes Pferd und sollten besser absteigen.» Und wirklich scheinen SP, AL und Grüne eine politische Kampagne gegen den Flughafen Zürich zu pflegen. Bereits im Herbst 2023 hatte die FZAG ihre Spendenpraxis überarbeitet und die Spendentätigkeit für politische Parteien eingestellt. Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) forderte unverfroren eine politisch ausgewogene Haltung und war sich dabei nicht zu schade, den Flughafen Zürich mit dem Schweizer Fernsehen (SRF) zu vergleichen. Das ganze Theater wurde medial inszeniert, wie es sich für eine politische Kampagne gehört: mit vorgängiger Anprangerung im «Sonntagsblick» und einer dramaturgischen Nachbearbeitung durch den «Tages-Anzeiger». Die erdrückende Niederlage der Flughafen-Gegnerschaft zeigte sich nach 90-minütiger Debatte mit 28 Voten im Abstimmungsresultat. Die Überweisung des Postulates wurde mit 58 Ja zu 115 Nein bei 1 Enthaltung klar abgelehnt.

Die Schlussabstimmung zum Standortförderungs- und Unternehmensentlastungsgesetz, Antrag der Redaktionskommission, zur Vorlage 5908b, erwies sich als reine Formsache und verlief ereignislos.

Linke wollen noch mehr Staat

Nach der Znüüni-Pause mit der Pressekonferenz der SVP zu den Asylaufwänden konnten endlich die vier wohnpolitischen Volksinitiativen angegangen werden. Die Wohnpolitik bleibt auch nach der Abschaffung des Eigenmietwerts im Fokus der politischen Diskussion im Kanton Zürich. Die Wohnungs- und Wohnschutz-Initiativen der linken Parteien verlangen vor allem weitere, staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt. Wie Markus Bopp (SVP, Otelfingen) klar aufzeigte und auch im Kommentar nebenan beschreibt, sind diese linken Instrumente aber Gift für einen funktionierenden Wettbewerb und verschärfen die Wohnungsknappheit.

Die Städte Zürich und Genf mussten in der Debatte mehrfach als schlechte Beispiele für diese linken Rezepte herhalten. Politische Eingriffe wie ein staatliches Vorkaufsrecht, Überregulierungen und staatliche Subventionen, dazu eine verordnete, soziopolitische Durchmischung und Jahrzehnte linker Politik tragen zur Wohnmisere in den Ballungszentren bei.

Auch bei den ersten beiden Volksinitiativen aus dem linken Lager schafften es die Exponenten von SP, AL und Grünen, die Debatte in die Länge zu ziehen. Geschlagene zwei Stunden pro Volksinitiative konsumierte der politische Schlagabtausch. Der Angriff auf das Privateigentum und die Verteilung staatlicher Pfründe sind den Genossinnen und Genossen, in bester Klassenkampf-Rhetorik, ein besonderes Anliegen… stehen doch die nächsten Gemeindewahlen vor der Tür.

Aus diesem Grunde konnten nur drei von vier Volksinitiativen respektive die Gegenvorschläge behandelt werden. Die vierte Initiative wird dann am Montag, 3. November 2025, behandelt und so diese wichtige Thematik in erster Lesung vorerst abgeschlossen.

Links-Grün führt seine Kampagne gegen den Flughafen weiter und verzögerte damit die Behandlung anderer Traktanden im Kantonsrat. Bild: Lorenz Habicher

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Gefährliche Wohninitiativen der Links-Grünen abgeschmettert

Markus Bopp
Kantonsrat SVP
Otelfingen

Die Wohnbaudebatte des Kantonsrates vom vergangenen Montag verlief heiss und entlang den bekannten Argumentationslinien. Zwei links-grüne Volksinitiativen wurden intensiv debattiert. Das erste Begehren trägt den Namen «Wohnungsinitiative» und wird von der SVP-Fraktion bekämpft. Hierbei fordern die Initianten eine neu zu gründende kantonale Anstalt, welche mit mindestens 500 Millionen Franken ausgestattet wäre und den gemeinnützigen Wohnungsbau wie auch das selbstbewohnte Wohneigentum fördern müsste.

Die Forderung nach mehr staatlichen Eingriffen in den Wohnungsmarkt ist aus Sicht der SVP der falsche Weg. Das Hauptproblem für die gestiegenen Preise liegt im Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. Es leben immer mehr Menschen im Kanton Zürich. In den vergangenen zehn Jahren sind rund 170 000 Menschen netto in den Kanton Zürich gezogen. Diese benötigen rund 80 000 Wohnungen. Parallel dazu steigen die Kaufkraft sowie die Anforderungen dieser Menschen an die Wohnungen. Das alles führt zu einer ungesunden, übermässigen Nachfrage.

Der Regierungsrat schlägt einen Gegenvorschlag vor, der als eigentliche Bauoffensive zu verstehen ist. Die SVP findet auch, dass das Bauen im Kanton wieder einfacher sein soll. Ein Bauen «auf Teufel komm raus» ist jedoch nicht in unserem Sinn. Der Hauptfokus muss nicht in der Bewältigung der hohen Nachfrage liegen, sondern in deren Eindämmung. Trotzdem stimmte die SVP-Kantonsratsfraktion dem Gegenvorschlag zu, weil die grundsätzliche Stossrichtung stimmt.

Der zweite linke Vorstoss trägt den Titel «Wohnschutz-Initiative». Die Initianten verlangen, dass Mietzinserhöhungen an staatliche Vorgaben gekoppelt sind. Je nach Art und Weise der Renovation muss die Mietzinserhöhung durch die Behörden festgelegt werden, was eine enorme Bürokratisierung mit sich ziehen würde. Leerkündigungen sollen damit verhindert werden.

Der Kanton Genf verfügt über ein ähnliches Modell und kann hierbei als negatives Beispiel beigezogen werden. Im besagten Kanton ist der Zustand der Wohnungen massiv schlechter als in Zürich, weil der Anreiz für Sanierungen nicht vorhanden ist. Beispielsweise sind die CO_2-Emissionen in Genfer Liegenschaften deutlich höher als im Kanton Zürich. Auch dies eine klare Folge der fehlenden wirtschaftlichen Anreize für Wärmedämmungen.

Basel-Stadt ist das zweite negative Beispiel. Seit 2022 ist dort der verstärkte Wohnschutz in Kraft. Seine Auswirkungen sind massiv. Die Bautätigkeit ist eingebrochen. Renovationen werden nicht mehr getätigt. Die Handwerker haben keine Arbeit mehr. Diesen Weg darf der Kanton Zürich sicher nicht beschreiten.

Der Grundsatz «weniger Staat – mehr Freiheit» hilft hier als Orientierung. Aus diesem Grund lehnt die SVP-Fraktion die beiden linken Anliegen ab. Bei der Wohnschutz-Initiative liegt ein Gegenvorschlag der vorberatenden Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) vor. Dieser verlangt, dass bei Kündigungen von mehr als 20 Mietparteien ein Konzept vorgelegt werden muss. Diese gesetzliche Anforderung an Hauseigentümer ist als wirksamer Gegenvorschlag unterstützenswert. Mit Unterstützung von EDU, FDP, Die Mitte, GLP und EVP wurden beide linke Wohninitiativen am Schluss deutlich abgelehnt.

Das Votum im Kantonsrat als Video:

Die masslose Zuwanderung führt zu einer ungesunden übermässigen Nachfrage – wirtschafts- und marktfeindliche Initiativen wie jene der Linken schaffen dabei keine Abhilfe. Bild: Pixabay

WORTE DES 1. VIZEPRÄSIDENTEN

Märchenstunde beim Unterwerfungsvertrag

Die Argumente der Befürworter der EU-Anbindung kommen mir vor wie eine Märchenstunde. Und wir müssen uns leider angesichts des Zeitplans nicht nur auf Märchenstunden, sondern auf künftige Märchenjahre gefasst machen. So wird behauptet, diese Verträge würden verhindern, dass wir der EU beitreten müssen. In Wirklichkeit werden dieselben Stimmen im Falle einer Zustimmung jammern, wir müssten so viele Gesetze und Vorschriften von Brüssel übernehmen, dass es doch viel würdiger und sinnvoller wäre, der EU beizutreten, um wenigstens mitbestimmen zu können.

Es wimmelt von Gaunerbegriffen

Auch das Wort «bilateral» oder «Bilaterale III» stammt aus dem Märchenreich. Denn die EU selber betont seit vielen Jahren, dass dieser «bilaterale Weg» der Schweiz zu Ende sei und jetzt mit den neuen Verträgen auf eine «institutionelle» Ebene kommen müsse, wobei die Schweiz alles, was den gemeinsamen Markt und die Personenfreizügigkeit betrifft, zu übernehmen hätte. Sogar Aussenminister Ignazio Cassis räumt ein, dass das Wort «bilateral» verfehlt sei und in Brüssel nicht gerne gehört werde.

Genauso aus der Welt der Gebrüder Grimm stammt der Begriff «Rechtssicherheit». Ein Vertrag von gesamthaft 23 000 Seiten soll Rechtssicherheit gewähren? 150 000 jährlich in Brüssel produzierte, von uns grossenteils zu übernehmende Seiten an Rechtsakten sollen Rechtssicherheit erzeugen? In Wirklichkeit gibt es keine Rechtssicherheit, wenn der eine Partner das Recht jederzeit nach seinem Gusto verändern kann und der andere dieses Recht einfach übernehmen muss. Niemand würde als Privatperson einen solchen Miet- oder Kaufvertrag unterschreiben. Aber die Schweiz ist im Begriff, genau das zu tun.

Weniger ist mehr

Der EU-Unterwerfungsvertrag wird in die Schweizer Geschichte eingehen als schlechtester je von Bundesrat und Verwaltung ausgehandelter Vertrag. Der Bundesbrief von 1291 umfasste gerade einmal ein Pergamentblatt mit 17 Zeilen. Und er war die Grundlage eines Erfolgsmodelles über nunmehr 734 Jahre. Wer glaubt, der Riesenstapel des EU-Vertrages sei besser, scheint mir nicht mehr ganz bei Trost. Denn er zerstört alle Säulen, welche die Schweiz ausmachen: Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Föderalismus und Wirtschaftsfreiheit.

Heuchler und Opportunisten

Dann hören wir plötzlich – speziell aus linken Kreisen – man müsse sich aus Gründen einer gesunden «Wirtschaft» an die EU anbinden. Ausgerechnet SP und Grüne erzählen dieses Wirtschaftsmärchen, wo sie doch keine Gelegenheit auslassen, wirtschaftsfeindliche Initiativen und Vorstösse zu lancieren. In Wahrheit ächzt die EU-Wirtschaft unter unsäglichen Regulierungen und bürokratischen Vorschriften. Auch die (meist ausländischen) Manager der Grosskonzerne bejubeln die Unterwerfungsverträge. Der Grund ist klar: Sie schauen auf den kurzfristigen Profit, auf ihre Boni und die Sonderinteressen ihrer Firmen. Die Zukunft der Schweiz und die Mitbestimmungsrechte der Bürger und der Kantone sind diesen Managern egal.

Wenn die grossen Unternehmen so grosse finanzielle Vorteile an den ausgehandelten Verträgen sehen, müssten sie eigentlich auch deren Kosten übernehmen – nämlich die Kosten der Massenzuwanderung, des Ausbaus der Infrastrukturen und der explodierenden Sozialausgaben.

von Thomas Matter

AKTUELLE MEDIENMITTEILUNGEN

Beat Jans' Asylchaos
Die Aufwände explodieren

Zürich verliert wirtschaftlich den Anschluss
Jetzt braucht es endlich eine Steuerreduktion!

Zürich bleibt standhaft
Kein Platz für willkürliche Gaza-Aktion

SVP lehnt radikale Sterbehilfe-Initiative ab

SVP USTER

Raclette, Realität und Rückgrat: Tobias Weidmann bei der SVP Uster im Forsthaus Mühleholz

Was als geselliger Racletteplausch begann, endete mit einer klaren politischen Botschaft: Die heutige Zuwanderung ist einer der Haupttreiber unserer aktuellen Probleme – von steigenden Mieten bis zur überlasteten Infrastruktur.

Mit Fakten, Zahlen und dem nötigen politischen Rückgrat zeigte Kantonsrat und Fraktionspräsident Tobias Weidmann, wohin die Reise geht, wenn wir nicht gegensteuern.

Besonders eindrücklich: Sein Verweis auf den US-Ökonom Milton Friedman: «Man kann einen Wohlfahrtsstaat haben. Und man kann offene Grenzen haben. Aber man kann nicht beides gleichzeitig haben.» – ein Satz, der den Nerv der Zeit trifft.

Als Unternehmer und Familienvater weiss Tobias Weidmann, was auf dem Spiel steht: Freiheit, Sicherheit und unser gesellschaftlicher Zusammenhalt. Sein Referat **«Ich will meine Schweiz zurück!»** war nicht nur ein Weckruf – es war ein Appell an alle Bürgerinnen und Bürger, Verantwortung zu übernehmen.

Ein herzlicher Dank geht an alle Gäste, Unterstützerinnen und Unterstützer – und natürlich an Tobias Weidmann für seinen unermüdlichen Einsatz für eine freie und selbstbestimmte Schweiz.

Daniel Schnyder,
Gemeinderat und Präsident SVP Uster

Begeistert folgten die Anwesenden dem packenden Referat von Tobias Weidmann. Bild: zVg

Raclette - Essen

Samstag, 15. November 2025, ab 18.00 Uhr

Hagenstal 24, Hagenbuch im «Hagichäller»
(zwischen Elgg und Egghof Hagenbuch)

Programm

ab 18.00 Uhr	Empfang und Apéro
19.00 Uhr	Begrüssung Thomas Müller, Präsident SVP Hagenbuch-Schneit
19.15 Uhr	Referat über das Rahmenabkommen von

SVP - Nationalrätin Barbara Steinemann

ca. 19.45 Uhr	Raclette à discrétion mit Beilagen und Dessert
Kosten:	Apéro, Raclette à discrétion und Dessert: CHF 30.00 (exkl. Getränke)
Anmeldeschluss:	Samstag, 9. November 2025
Anmeldung:	Mit Bekanntgabe der Anzahl Personen an: Rolf Sturzenegger, Schulackerstr. 2a, 8523 Hagenbuch 079 201 53 58 / rolfsturzenegger@hispeed.ch (Teilnehmerzahl ist auf 40 Personen beschränkt)

Alle sind herzlich willkommen, auch nicht SVP-Mitglieder.
Der Vorstand der SVP Hagenbuch-Schneit freut sich auf Ihren Besuch und einen gemütlichen Abend.

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Freitag, 14. 11. 2025

Einladung zum Politapéro

Der Vorstand der SVP Kreis 10 lädt Sie zu einem Politapéro ein.

„Die Schweiz im Sog der Supermächte" - Polit-Talk mit alt Bundesrat Ueli Maurer

Die Schweiz steht mitten in einer unruhigen Welt. Zwischen globalen Krisen, EU-Verträgen, Kriegen und wirtschaftlichem Druck gilt es, den eigenen Weg zu bewahren – mit gesundem Menschenverstand, Eigenständigkeit und Mut zur Neutralität.

Im Gespräch mit Gemeinderat Johann Widmer werden aktuelle Fragen zur Lage der Schweiz, zur Sicherheit, Wirtschaft und Neutralität diskutiert.

Programm:
- 18:30 – 19:00 Begrüssung und Apéro
- 19:00 – 20:00 Polit-Talk mit anschliessender Fragerunde
- 20:00 – 22:00 Nachtessen, gemütliches Beisammen

Ort: **Restaurant Schützenstube Höngg (genügend Parkplätze vorhanden)**
Kappenbühlstrasse 80, 8049 Zürich

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

SVP Zürich Kreis 10

MEDIENMITTEILUNG DER SVP DES KANTONS ZÜRICH

Beat Jans' Asylchaos – die Aufwände explodieren

Die Asylsituation im Kanton Zürich ist ausser Kontrolle. Immer mehr Menschen, immer höhere Aufwände, immer weniger Transparenz. Das Ergebnis: immer mehr Geld für Asylanten und immer weniger für unsere Leute.

Die SVP des Kantons Zürich sagt: So geht es nicht weiter! An ihrer Medienkonferenz am Montag präsentierte sie ein Paket von vier Vorstössen, die endlich Ordnung, Ehrlichkeit und Planungssicherheit ins Asylwesen bringen sollen.

Tobias Weidmann, Kantonsrat und Fraktionspräsident, forderte eine Rückkehr zu einer realistischen Asylpolitik: «Wir erleben ein totales Asylchaos. Das Asylrecht war einst für Einzelschicksale gedacht – heute ist es ein globales Massengeschäft. Das Schengen/Dublin-System ist gescheitert und zum System des Durchreichens verkommen: Der Bund nimmt alles auf, der Kanton verteilt – und die Gemeinden und die Bevölkerung tragen am Ende die ganze Last. So zerstört man Vertrauen und Akzeptanz zugleich.»

Domenik Ledergerber, Kantonsrat und Präsident der SVP des Kantons Zürich, zeigte anhand detaillierter Zahlen aus den Gemeinden auf, wie dramatisch die Lage bereits ist: «Das Asylwesen frisst sich durch unsere Ressourcen – die Aufwände explodieren auf Kosten der Einheimischen, die alles finanzieren. Das ist verantwortungslos.»

Umso schlimmer ist, dass viele weitere Kosten in diesen Zahlen gar nicht abgebildet sind; viele versteckte Kosten werden nicht oder nur intransparent ausgewiesen. «Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, zu wissen, was das Asylwesen tatsächlich kostet – in der Volksschule, in der Sonderpädagogik, in der Verwaltung, bei Übersetzungen, in der Pflege und in der Integration. Wer zahlt, soll auch sehen, wofür!», schloss Domenik Ledergerber.

Stefan Schmid, Kantonsrat und Initiant des Vorstosspakets, stellte die einzelnen Vorstösse vor: «Diese Vorstösse sind ein Aufschrei gegen die systematische Intransparenz, die das Vertrauen der Bevölkerung untergräbt. Sie sind ein Weckruf für eine Politik, die sich wieder dem Bürger verpflichtet fühlt – nicht ideologischen Wunschvorstellungen.»

Die vier Vorstösse der SVP des Kantons Zürich fordern:

1. **Alle Flüchtlinge zählen!** – Jede Person, die untergebracht wird, muss im Kontingent erscheinen.
2. **Mehr Planungssicherheit!** – Gemeinden sollen mindestens 12 Monate Vorlauf bei Quotenänderungen erhalten.
3. **Transparente Kosten!** – Alle Asylkosten müssen im HRM2-Kontenplan klar ausgewiesen werden.
4. **Gesamtrechnung Asyl!** – Der Regierungsrat soll offenlegen, was Kanton, Schulen und Gemeinden tatsächlich bezahlen.

Mit diesen Vorstössen setzt die SVP ein klares Zeichen für Ehrlichkeit statt Schönfärberei, für Gemeinden statt Bürokratie – und für Sicherheit statt Asylchaos.

NEIN ZUM UNTERWERFUNGSVERTRAG

Neue EU-Verträge – Anschauungsunterricht in der Luftfahrt

In der Diskussion über die «EU-Rahmenverträge» spricht man oft von einem Bürokratiemonster. Die etwas abstrakten Vorstellungen darüber lassen sich durch einen Blick auf bereits bestehende Verträge gut illustrieren.

Norbert Brestel
Vorstand SVP Zollikon
Zollikon

Bei Schengen/Dublin – wie wir wissen, wurde hier weder das Versprechen eingehalten, mehr Sicherheit zu schaffen (ausländische Diebesbanden lassen grüssen) noch hat es die Flüchtlingsproblematik gelöst – haben wir bereits die dynamische Rechtsübernahme. Im täglichen Leben merkt das kaum jemand, aber vielleicht erinnert sich der eine oder andere an das Hick-Hack bei der Anpassung der Waffengesetze. Hier wurde der Stimmbürger massiv unter Druck gesetzt («Das Ende von Schengen») und akzeptierte zähneknirschend Regelungen, die nun dem Sportschützen das Leben schwermachen.

Mehraufwand ohne Nutzen

Noch besseren Anschauungsunterricht bietet das Luftverkehrsgesetz. Aufgrund des Luftverkehrsabkommens mit der EU wurden 2006 die Regeln der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) übernommen. Das beinhaltet einen automatischen Anpassungsmechanismus, bei dem Regelungen direkt und ohne Mitsprache von Volk und Parlament zur Anwendung kommen, wie ihn die neuen Verträge auch einführen würden.

Es mag sinnvoll sein, den Luftverkehr in einem engen Raum wie Europa auch europaweit zu regeln, denn bei der Luftfahrt geht es ja gerade darum, Grenzen zu überwinden. Dafür gab es schon seit 1929 internationale Konventionen. Die internationalen Normen der ICAO setzt die EASA um.

Wer sich die Mühe macht, einmal die von der EASA produzierten Rechtssätze anzuschauen (es gibt hierfür ein sogenanntes «Easy Access»-Portal), sieht sich Tausenden von Seiten Text gegenüber (und man kann sehen, dass diese Erlasse die Unterschrift von Frau von der Leyen tragen). Jedes Detail und jede Schraube werden geregelt. Ich weiss, von was ich spreche. Ich gehöre einem Verein an, der ein kleines Luftfahrzeug betreibt. Reichten vor EASA nach der Jahreskontrolle an einem solchen Flugzeug ein bis zwei Seiten Bericht des Wartungsbetriebs, so sind es nun fast 60 Seiten, in der faktisch jeder Handgriff dokumentiert ist. Paradoxerweise führen proklamierte «Vereinfachungen» der Regulation zu noch mehr Vorschriften, deren Einhaltung immer weiter auf den einzelnen Flugzeughalter abgewälzt wird. Ein Sicherheitsgewinn kann dadurch nicht erkannt werden. Die Kostenfolgen sind jedoch enorm. Überdies interpretiert jedes Land die Vorschriften dann wieder etwas anders, so dass sogar die Harmonisierung nicht wirklich funktioniert.

Endlose Diskussionen um Kleinigkeiten

Die Schweiz hat hier Mitspracherechte, sie wird «konsultiert». Aber selbst kleinste Änderungswünsche für wenig praxistaugliche Vorschriften (z.B. die Abschaffung aufwendiger Sprachprüfungen für Freizeit-Sichtflugpiloten) stecken in endlosen Diskussionsrunden fest. Die medizinischen Anforderungen an das Flugpersonal, ebenfalls europäisch harmonisiert, werden laufend verfeinert und – natürlich – verschärft. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) hat hier nur noch wenig zu sagen.

> *«Die bürokratischen Eskapaden im Luftverkehr sollten eine Warnung sein.»*

In diesem Teilbereich der Gesetzgebung, die effektiv nur wenige Menschen betrifft, kann man ja mit solchen bürokratischen Eskapaden gerade noch leben. Sie sollten aber eine deutliche Warnung sein, wenn es darum geht, wesentlich weitergehende Rechtsbereiche mittels der neuen Verträge faktisch diskussionslos an die EU-Gesetzgebung zu binden.

Es mag sinnvoll sein, den Luftverkehr in einem engen Raum wie Europa auch europaweit zu regeln – aber verhältnismässig. Bild: zVg/Sandro Koster

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

SVP VOLKETSWIL

VOGA 2025 – Ein voller Erfolg für die SVP Volketswil

Der Auftritt der SVP Volketswil an der diesjährigen VOGA war ein grosser Erfolg. Unser Stand war an allen Tagen hervorragend besucht – wir konnten das mit Abstand grösste Interesse aller Parteien verzeichnen.

Besonders erfreulich: Wir sammelten weit über 200 Unterschriften für die Heimatinitiative; ein deutliches Zeichen, dass die Anliegen der Bevölkerung nach mehr Heimat, Eigenständigkeit und Sicherheit auch in Volketswil grosse Unterstützung finden.

Darüber hinaus durften wir mehrere neue Mitglieder in unserer Ortspartei begrüssen – ein starkes Zeichen für das wachsende Vertrauen in die Politik der SVP. Gleichzeitig nutzten wir die Gelegenheit, um auf den bevorstehenden kommunalen Wahlkampf aufmerksam zu machen und mit vielen interessierten Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft unserer Gemeinde zu sprechen.

Ein besonderer Dank gilt Regierungsrat Ernst Stocker, der die diesjährige VOGA feierlich eröffnete und sich auch an unserem Stand Zeit für Gespräche und den direkten Austausch nahm. Sein Engagement und seine Unterstützung haben uns sehr gefreut.

Regierungsrat Ernst Stocker mit Mitgliedern der SVP Volketswil an der VOGA-Eröffnung 2025. Bild: zVg

Die SVP Volketswil dankt allen Besucherinnen und Besuchern, den zahlreichen National- und Kantonsräten sowie den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern, die diesen Erfolg möglich gemacht haben. Gemeinsam setzen wir uns weiterhin mit vollem Einsatz für ein starkes und freiheitliches Volketswil ein.

Dejan Malcic,
Präsident SVP Volketswil

FRANKREICH IN DER KRISE

Schuldenwirtschaft

In Frankreich können sich die Parteien kaum mehr auf eine Regierung einigen. Und dies in einem derart verschuldeten Staat, der womöglich irgendwann nicht mehr kreditwürdig ist. Die EU eignet sich nicht als Retterin, denn auch sie hat kein Geld.

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Bis vor Kurzem hat innerhalb der EU jeweils Deutschland bezahlt. Doch auch dieses Land hat sich mittlerweile massiv verschuldet. Die USA haben ebenfalls grosse Schuldenprobleme, weshalb sie den Europäern vermitteln: «Macht Euren Dreck alleine!» Denn es fehlt den hochverschuldeten Amerikanern an Geld und Kraft, überall zum Rechten zu schauen.

Von der Schweiz wird immer behauptet, sie stehe gut da. Richtig ist: Sie steht weniger schlecht da als die meisten anderen. Aber auch bei uns herrscht eine Schuldenwirtschaft. Zudem haben sich andere Staaten bei der Schweiz verschuldet. Vor einigen Jahren war unser Land der grösste Gläubiger von Deutschland. Die Schweizerische Nationalbank hatte die zweifelhafte Ehre, mit 100 Milliarden Euro die bedeutendste Einzelgläubigerin des deutschen Staates zu sein: eine nicht ungefährliche Situation.

Das gesamte Schuldensystem hängt letztlich am Vertrauen. Wenn das Vertrauen weg ist, bricht der Schuldner zusammen. Dies ist 2009 in Griechenland geschehen, wobei der relativ kleine Staat noch gerettet werden konnte. Es ist aber nicht auszuschliessen, dass plötzlich jemand sagt: «Diesem Frankreich kann man kein Geld mehr geben, die Franzosen bringen ja nicht einmal eine Regierung zustande.»

Es bleibt zu hoffen, dass sich das schöne Frankreich vom Schuldensumpf befreit. Es wäre schade um das vom lieben Gott so verwöhnte fruchtbare Land, das vom Meeresstrand bis zu den höchsten Alpengipfeln reicht.

SVP ELSAU

«SVP bi de Lüt» in Elsau

Die stetige Nähe zur Basis macht die SVP in der schweizerischen Parteienlandschaft einzigartig und besonders sympathisch. Mandatsträger, Partei- und Sektionsvorstände sind stets aktiv in Kontakt mit der Bevölkerung, den Wählern und der Parteibasis. Das Format heisst «SVP bi de Lüt» und die Veranstaltungen halten, was der Name verspricht.

Die SVP-Sektion Elsau hat Nationalrat Martin Hübscher sowie Kantonsrat und Fraktionspräsident Tobias Weidmann für ein «SVP bi de Lüt» gewinnen können. Der gut besuchte Anlass fand am 21. Oktober 2025 in Elsau statt. Nach einer kurzen Begrüssung durch unsere Nicole Göldi ging es mit Kantonsrat Tobias Weidmann direkt zur Sache.

Linke Symptom- statt Ursachenbekämpfung

Mit Zahlen und Fakten zeigte Tobias Weidmann auf, wie die SVP ihre Empfehlungen für die kantonalen Abstimmungen vom 30. November 2025 begründet. Sehr eindrücklich waren seine Ausführungen zur Ablehnung der linken Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich». Anhand etlicher Zahlen und Grafiken konnte er schlüssig nachweisen, dass die Wohnungsnot im Kanton Zürich auf die übermässige Zuwanderung zurückzuführen ist – ein absolutes Tabu-Thema für die anderen Parteien. Sie wollen diese Thematik totschweigen. Folglich kommen vor allem von linker Seite laufend völlig untaugliche Lösungsvorschläge auf den Tisch.

Die Initianten wollen mit ihrer aktuellen Initiative den Gemeinden ein zwingendes Vorkaufsrecht für Immobilien gewähren. Als ob das die Zuwanderung einbremsen oder den Wohnungsbau beschleunigen würde. Dieses nicht akzeptable Vorkaufsrecht wäre zweifelsfrei die erste Stufe zur flächendeckenden Enteignung. Die Initiative ist deshalb abzulehnen.

Radikale Enteignungsinitiative gehört verworfen

Martin Hübscher ging in seinem Referat zuerst auf die Juso-Initiative ein, die eine absurd hohe Erbschaftssteuer für Reiche verlangt, die auch noch zweckgebunden für die angebliche Rettung des Klimas verwendet werden soll. Die Vorlage nennt sich «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)». Die typisch linke Verschleierungstaktik. Kein Wort davon, dass es schlicht um eine Erbschaftssteuer geht, die im Falle einer Annahme unsere besten Steuerzahler aus der Schweiz vertreiben wird. Ein Prozent der Bevölkerung bezahlt 40 Prozent des Steuersubstrates. Auf dieses eine Prozent haben es die Juso abgesehen. Eine betrübliche Mischung aus Ahnungslosigkeit, Ideologie und Besserwisserei der Juso treibt solche Blüten.

Martin Hübscher erzählte von der Diskussion mit einer Schulklasse. Eine Schülerin, ein Juso-Mitglied, war felsenfest davon überzeugt, dass das Geld der Reichen auf Bankkonten schläft und einfach abgehoben werden kann. Sie wollte nicht glauben und konnte nicht verstehen, dass das Geld der Reichen grösstenteils in Unternehmen steckt. Wer so tickt, kann die fatale Auswirkung dieser Initiative nach einer Annahme unmöglich einschätzen.

Nationalrat Martin Hübscher und Kantonsrat Tobias Weidmann zu Gast bei «SVP bi de Lüt» in Elsau. Bild: zVg

FDP und direkte Demokratie? Fehlanzeige!

Nur zwei Tage nach dem FDP-Ja zum Unterwerfungsvertrag mit der EU und der Ablehnung des obligatorischen Referendums war natürlich dieses Thema sehr präsent. Wie kann eine ehemals staatstragende FDP heute so entscheiden? «FDP bi de Lüt» gibt es halt nicht. Den Kontakt zur Basis hat die Delegiertenversammlung offensichtlich längst verloren. Etliche Anwesende berichteten von hochgradig erzürnten FDP-Mitgliedern in ihrem persönlichen Umfeld. Martin Hübscher kennt auch FDP-nahe Wirtschaftsleute, die den Kurs ihrer Partei nicht mehr nachvollziehen können und sich zu Recht vor der unsäglichen Bürokratie fürchten, die sie auf sich zukommen sehen.

Stimmen Sie am 30. November unbedingt ab. Die Parolen der SVP finden Sie auf Seite 8.

Richard Müller,
Wiesendangen

Öffentlicher Informationsabend

Umstrittenes Vertragspaket Schweiz - EU

Was erwartet unser Land? Können wir auch in Zukunft noch abstimmen? Nützen die Verträge unserer Wirtschaft oder bringen sie uns zusätzliche Kosten, Bürokratie und Abhängigkeit? Wann stimmen wir über diese Vorlagen ab?

Gesprächsleitung: **Damian Schelbert**

Dienstag, 4. November 2025 - 19.30 Uhr

Gasthof zum goldenen Kreuz
Landstrasse 15, 8197 Rafz

Alle sind herzlich eingeladen!

svp-rafz.ch

GEFÄHRLICHE ENTWICKLUNG STOPPEN

Die Geissel der Frauenmorde

Ein Bericht aus Spanien zeigt auf, dass auch VioGén, das digitale Warn- und Überwachungssystem für bedrohte Frauen – über das sich auch Bundesrat Jans vor Ort orientieren liess – seine Grenzen hat.

Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küsnacht

Auch in der Schweiz haben die sogenannten Femizide, also Morde an Frauen, weil sie Frauen sind, zugenommen. Im Jahr 2024 waren es 22, und im laufenden Jahr wurde diese erschreckende Zahl bereits übertroffen. Frauen wurden und werden von ihren gewalttätigen, mehrheitlich muslimischen Männern umgebracht – vor allem, weil sie sich dem mittelalterlichen Regime nicht fügen wollen. Diese Entwicklung ist ein alarmierendes Zeichen für importierte Gewaltstrukturen.

Viele muslimische Täter

Solche schweren Straftaten haben in der Regel eine Vorgeschichte. Was den militanten Islam betrifft, fängt es damit an, dass wir aus falscher Toleranz christliche Symbole aus den Schulen entfernen, keine Weihnachtslieder mehr singen, keine Krippenspiele mehr aufführen und muslimische Mädchen vom Schwimmunterricht dispensieren. Als nächste Stufe werden Kopftuch-Schülerinnen, dann Kopftuch-Lehrerinnen akzeptiert, und es werden Zwangsheiraten toleriert. Und schliesslich kommt es zur Radikalisierung, zu Parallelgesellschaften, zu Messerattacken, zu häuslicher Gewalt und zu Femiziden.

Die Doppelmoral der Linken

Und was tun die Linken und die Feministinnen? Sie verharmlosen das Ganze, predigen Respekt vor fremden Kulturen und fordern neuerdings jährlich eine halbe Milliarde Franken für Frauenhäuser und Begleitmassnahmen. Die Grundursache wird hingegen ausgeblendet. Professor Frank Urbaniok hat es in der «NZZ» vom 11. September 2025 mit Blick auf die importierte Kriminalität deutlich gesagt: «Wir lassen die Gewalttäter einfach herein.» Genau diese gefährliche Entwicklung müssen wir bekämpfen – insbesondere durch eine kontrollierte Zuwanderung und mit glaubwürdigen Strafen.

> *«Unkontrollierte Zuwanderung bedeutet auch unkontrollierte Gewalt – bis hin zu Femiziden.»*

Fadegrad

von
Ueli Bamert

Umstrittenes Stadtbild

Deutschland hyperventiliert gerade wieder einmal so richtig. Grund dafür ist eine Aussage von Bundeskanzler Friedrich Merz im Rahmen einer Pressekonferenz, man habe «immer noch dieses Problem im Stadtbild» und deshalb sei der Innenminister jetzt dabei, «in sehr grossem Umfang Rückführungen zu ermöglichen und durchzuführen». Was sich im ersten Moment etwas verklausuliert anhört, versteht jeder, der in den letzten Jahren einmal eine deutsche Stadt besucht hat: Egal ob in München, Hamburg oder Bottrop, je nach Quartier wähnt man sich eher in Damaskus oder Bagdad als in einer westeuropäischen Stadt. Frauen mit Kopftuch und Männer mit dunklen Bärten dominieren das Bild. Darunter leidet nicht nur das Selbstverständnis der Bevölkerung, auch das Sicherheitsgefühl nimmt ab: Insbesondere junge Frauen trauen sich nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr in die Innenstädte, die Zahl der Vergewaltigungen und Messerattacken nimmt drastisch zu und manch einer mag sich wohl noch an die Zeiten erinnern, als Festivals und Weihnachtsmärkte nicht durch Polizei und Strassensperren vor Terroranschlägen geschützt werden mussten.

Dies alles sind Folgen der massenhaften und unbegrenzten Zuwanderung aus Ländern wie Syrien, Afghanistan, Marokko oder Algerien sowie der bei vielen Ausländern kaum vorhandenen Bereitschaft, sich in unsere westliche Gesellschaft zu integrieren. Dazu kommt eine Politik, die nicht willens ist, Sozialbetrug, Asylmissbrauch und die zunehmende Kriminalität konsequent zu bekämpfen. All dies hinterlässt deutliche Spuren – nicht nur im Stadtbild. Und so ist die etwas flapsige und unbedarfte Aussage des deutschen Regierungschefs für den Durchschnittsbürger, der mit diesem alltäglichen Wahnsinn leben muss, eben auch kein Aufreger, sondern eine nüchterne Beschreibung der Realität. Für die linksgrüne Empörungsindustrie ist sie hingegen ein willkommener Anlass, wieder einmal in Schnappatmung zu verfallen und den Kanzler wegen angeblich rassistischer Aussagen tagelang medial durch den Schmutz zu ziehen. Es sagt viel über den Zustand der öffentlichen Debatte in einem Land aus, wenn die klare Benennung eines Missstands einen grösseren Proteststurm auslöst als der Missstand an sich.

Wir Schweizer stehen derweil an der Seitenlinie und sehen dabei zu, wie sich Deutschland in seinem Korrektheits- und Toleranzwahn selbst zerfleischt. Schliesslich steht es um unsere eigenen Stadtbilder deutlich besser. Doch wie lange noch? Auch bei uns eskaliert die illegale Asylmigration, das Sicherheitsgefühl nimmt ab und die Langstrasse verwahrlost wegen des zunehmenden Drogenelends immer mehr zum Ghetto. Die Antwort ist einfach: Mehr SVP wählen, denn wir sind die einzigen, die sich gegen die Ursachen des schleichenden Niedergangs wehren.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Subventioniertes Kunsthaus Zürich verweigert Barzahlungen

Seit dem 1. September 2025 verweigert das hochgradig subventionierte Kunsthaus Zürich die Annahme von Bargeld. Damit wird ein allgemein anerkanntes, gesetzliches Zahlungsmittel faktisch ausgeschlossen.

Yves Peier
Gemeinderat SVP
Zürich

Dieser Schritt trifft besonders ältere Menschen, Kinder, Touristinnen und Touristen ohne passende Karten sowie Personen ohne Bankkonto – und grenzt damit genau jene aus, für die das Kunsthaus eigentlich offenstehen sollte.

Bares wird Rares

Seit einigen Jahren vollzieht sich eine schleichende Veränderung im Umgang mit Bargeld – getrieben durch Karten, Smartphones, Zahlungsdienstleister und staatliche sowie strukturelle Massnahmen. Immer mehr Menschen zahlen fast ausschliesslich digital, während Geschäfte Bargeld zunehmend ungern annehmen und Bankfilialen sowie Geldautomaten verschwinden. Münzen und Banknoten haben in unserer Gesellschaft mittlerweile einen schweren Stand.

Doch wer treibt diese Veränderung an? Die Finanzindustrie und Zahlungsdienstleister verfolgen Profitinteressen durch Gebührenmodelle, die Nutzung von Kundendaten und die Entwicklung neuer digitaler Dienstleistungen. Staatliche Akteure und Regulierungsbehörden berufen sich auf Argumente wie Geldwäsche- und Terrorismusbekämpfung, um Bargeldgrenzen zu begründen. Grosse Firmen und Geschäfte fördern digitale Zahlungen, um Transaktionsprozesse zu vereinfachen, Kosten zu senken und detaillierte Kundenprofile zu erstellen.

Die Kombination aus ökonomischem Interesse, technischer Machbarkeit und politischem Narrativ erzeugt enormen Druck auf das Bargeld.

Technische und soziale Risiken

Der Übergang zu digitalen Zahlungen bringt erhebliche Risiken mit sich. Durch die entstehenden Datenspuren geht finanzielle Anonymität verloren, was Überwachung und Verhaltenssteuerung erleichtern kann. Zugleich steigt die Abhängigkeit von technischen Systemen, die anfällig für Störungen oder Cyberangriffe sind. In Krisen bleibt Bargeld daher ein wichtiges Sicherheitsnetz.

Der Trend zur Bargeldverdrängung birgt auch soziale Risiken, da ältere oder digital benachteiligte Menschen ausgeschlossen werden können. Zudem verschiebt sich wirtschaftliche Macht hin zu grossen Konzernen und Zahlungsdienstleistern, die über wertvolle Zahlungsdaten verfügen.

Digitale Zahlungen bieten zweifellos Vorteile wie Komfort, Schnelligkeit und eine effektivere Nachverfolgung bei echten Straftaten. Allerdings werden diese Vorzüge häufig überbetont, während die Nachteile – etwa der Verlust von Privatsphäre, die Einschränkung persönlicher Freiheit und die Gefahr sozialer Ausgrenzung – zu wenig Beachtung finden.

Fraktionen der SVP und FDP reagieren

Ein Bargeldverbot im Kunsthaus Zürich sendet ein fatales Signal: Statt Offenheit und Vielfalt setzt man auf Ausschluss und Kontrolle. Wer eine Institution mit öffentlichem Auftrag führt, darf die breite Bevölkerung nicht durch künstliche Hürden ausschliessen, sondern muss Zugang, Teilhabe und Wahlfreiheit garantieren.

Die Fraktionen der SVP und der FDP im Zürcher Gemeinderat fordern in einem Postulat, dass der Stadtrat prüft, wie die Kunstgesellschaft dazu bewegt werden kann, beim Ticketverkauf wieder die Möglichkeit zur Barzahlung anzubieten.

AUS DEM DIETIKER GEMEINDERAT

Hauptsache, die Allgemeinheit bezahlt

Zurzeit ist es trotz Wahlen im nächsten März im Gemeinderat politisch sehr ruhig. Es werden verschiedene Vorstösse zur Revitalisierung von Bächen oder Begleitung vom Kindergarten zum Hort oder Mittagstisch gemacht. Natürlich muss dies immer von der Stadt erbracht und bezahlt werden. Die linken Vorstösse werden immer abstruser.

Konrad Lips
Gemeinderatspräsident und
Fraktionspräsident SVP
Dietikon

In der Gemeinderatssitzung haben wir über den privaten Gestaltungsplan Post-/Zürcherstrasse diskutiert. Schon in der vorberatenden Kommission wurden Forderungen von der linken Seite gestellt, die dann diskutiert wurden und zum Teil eingeflossen sind. Aber das reichte der SP nicht! Sie forderte von der Bauherrschaft, dass diese in grossem Stile kostengünstige Wohnungen anbieten solle – am besten allen.

Am liebsten hätte sie, dass die Stadt Land kauft und Genossenschaften zur Verfügung stellt, um Wohnungen zu bauen. Nur muss man wissen, dass in Dietikon eine Genossenschaft einen Neubau realisiert hat, bei dem die Mieten höher sind als in anderen gleichzeitig errichteten Neubauten. Aber natürlich sind alle anderen schuld, dass eine Kostenmiete gezahlt werden müsse.

Das zeigt, dass auch Genossenschaften nicht hexen können und ebenso nur mit Wasser kochen.

Der private Gestaltungsplan wurde dann im Gemeinderat angenommen! An dieser Sitzung kündete die SP sogleich das Referendum an. So werden die Baukosten sicher günstiger… Das begreifen die Linken aber leider nicht und fordern immer mehr und mehr, bis viele Bauherren sagen, dass sie in Dietikon nicht mehr investieren!

Üben für den Ernstfall

Am Samstag war dann noch die Hauptübung der Feuerwehr. Da sah man keine Linken, die der Hauptübung beiwohnten. Ach ja, die machen ja so viel Freiwilligenarbeit, dass sie keine Zeit für die Übung hatten. Wir durften verschiedene Gebiete, für die die Feuerwehr zuständig ist, kennenlernen: über Wassertransport, Leiternstellen oder Waldbrandbekämpfung.

Anschliessend war dann noch die Einsatzübung, bei der ein Verkehrsunfall mit zwei Fahrzeugen gestellt wurde und auch ein Tankwagen gekühlt werden musste.

Nach der Übung marschierten die Feuerwehrleute mit der Stadtmusik zurück ins Depot. Dort gab es noch die Besprechung der Übung und anschliessend verschiedene Beförderungen. Am Abend folgte sodann ein Nachtessen mit Unterhaltungsprogramm.

Mittendrin im Wahlkampf

Die SVP Dietikon ist gut vorbereitet auf die Gemeindewahlen vom 8. März 2026. Die Fotos werden gemacht und die Wahlslogans bekannt gegeben. Wir treten auf verschiedenen Ebenen an: Stadtrat und -präsidium, Gemeinderat und Schulpflege. Auf allen Posten haben wir hervorragende Kandidatinnen und Kandidaten.

Ich wünsche Euch noch ein gutes restliches 2025 und dass wir weitere Abstimmungs- und Wahlerfolge feiern können.

Proben für den Ernstfall: eine eindrückliche Erfahrung. Bild: zVg

SVP ZÜRICH KREIS 12

51. Generalversammlung der SVP Zürich-Schwamendingen

Präsident Markus Weidmann eröffnete die 51. Generalversammlung der SVP Zürich-Schwamendingen in der Pizzeria La Rosa Bianca und begrüsste die zahlreich erschienenen Mitglieder herzlich. Bereits zu Beginn zeigte sich: Es sollte ein erfolgreicher und angeregter Abend werden, geprägt von guter Stimmung und vielen wertvollen Gesprächen.

In seinem Rückblick liess der Präsident die Ereignisse des vergangenen Jahres Revue passieren. Er erwähnte die stimmungsvolle Lichtmesse mit Alt Bundesrat Ueli Maurer, unser traditionelles Grillfest auf dem Bauernhof der Familie Klöti – verbunden mit einem grossen Dank an die Gastgeberfamilie – sowie unseren Auftritt am Schwamendingerfest.

Letzteres bleibt mit gemischten Gefühlen in Erinnerung: geprägt von Enttäuschung und einem «murmeligen» Gefühl aufgrund des Vandalismus, bei dem Chaoten unser Zelt und Inventar kurz und klein schlugen. Doch trotz dieser mutwilligen Zerstörung liessen wir uns nicht entmutigen. Bereits wenige Stunden später stand – dank tatkräftiger Unterstützung unserer Nachbarn – die nötige Infrastruktur wieder, sodass wir unseren Auftritt fortsetzen konnten. Gemeinsam, gestärkt und geschlossen standen wir erneut an der Front. Dieses Erlebnis schweisste uns als Sektion weiter zusammen.

Die Kreispartei Schwamendingen verbrachte einen gemütlichen Abend voller spannender Inhalte und feinem Essen. Bild: zVg

Unsere Gemeinderatskandidaten

In meinen Bericht als Gemeinderat hatte ich anschliessend die Gelegenheit, über das derzeit katastrophale politische Verhältnis in der Stadt Zürich zu informieren. Zudem konnte ich unsere angehenden Gemeinderatskandidaten vorstellen:

Bisher Gemeinderat:
- Michele Romagnolo

Neu:
- Markus Weidmann
- Heinz Käser
- Bruno Wohler
- Barbara Weidmann
- Giuseppe Scarcella
- Maria Theresia Nüesch
- Fabian Klöti
- Albena Ivanova

Im Anschluss an die Vorstellung nutzten alle Kandidatinnen und Kandidaten die Gelegenheit, sich den Anwesenden kurz persönlich zu präsentieren und ihre politischen Schwerpunkte zu erläutern.

Spannendes Referat von Kantonsrat Weidmann

Ein besonderes Highlight des Abends war das Referat unseres Gastes Tobias Weidmann, Kantonsrat und Fraktionspräsident. In seinem aufschlussreichen Vortrag zum Thema Zuwanderung – insbesondere zur Personenfreizügigkeit, dem Asylbereich und den Folgen für unseren Sozialstaat – zeigte er eindrücklich auf, welche grossen Herausforderungen auf Zürich und die Schweiz zukommen. Seine klaren Worte boten reichlich Stoff für vertiefte politische Diskussionen.

Nach dem offiziellen Teil durften wir gemeinsam ein feines Essen geniessen. Das gesellige Zusammensein – begleitet von vielen spannenden, offenen und konstruktiven Gesprächen – rundete diese gelungene Generalversammlung perfekt ab. Die SVP Zürich-Schwamendingen blickt stolz auf ihren 51. GV-Abend zurück und geht motiviert und geschlossen in die kommenden politischen Herausforderungen.

Michele Romagnolo,
Gemeinderat und Vorstand
SVP Zürich Kreis 12

MEDIENKONFERENZ «LEONHARD KREIS»

Ueli Maurer präsidiert internationalen Verein für individuelle Freiheit

Diesen Montag wurde in Zürich der «Leonhard Kreis» der Öffentlichkeit vorgestellt. Schon im Vorfeld versuchten unsere Mainstream-Medien wie der «Tages-Anzeiger», die neue Organisation mit Verschwörungsunterstellungen in die rechte Schandecke zu stellen.

Elena Schmid
Gemeinderatskandidatin
SVP/JSVP
Bülach

Der «Leonhard Kreis» ist im gesamten deutschsprachigen Raum aktiv und setzt sich für die freie Meinungsäusserung ein. Erster Präsident ist Alt Bundesrat Ueli Maurer, weitere führende Mitglieder sind der deutsche Ex-Geheimdienstchef Hans-Georg Maaßen, der deutsche Publizist und ehemalige SPD-Politiker Thilo Sarrazin, dem die Medien gerne das Etikett «umstritten» anhängen, wohl wegen seiner treffenden Beschreibungen der Wirklichkeit, und der frühere Zürcher SVP-Nationalrat Claudio Zanetti.

Für eine freie Gesellschaft ist es von zentraler Bedeutung, ob die Bürger sich vor sozialer und medialer Ächtung fürchten müssen oder nicht. Immer mehr Menschen trauen sich nicht mehr auszusprechen, was sie denken. Die Zustände in Deutschland und immer mehr auch in der Schweiz sind besorgniserregend. Meinungsäusserungsfreiheit ist schliesslich ein zentrales Grundrecht.

Der progressive Diversity-Zeitgeist und seine medialen Gehilfen

Der woke Zeitgeist stellt die heutige Generation vor Probleme, mit denen sich frühere nicht herumschlagen mussten: Eltern werden geächtet und angeprangert, sollten sie sich gegen eine Dragqueen im Kindergarten wehren. Schulen führen Gender-Toiletten für Geschlechter ein, die es aus wissenschaftlicher Sicht nicht gibt. Hinterfragt man eine behördliche Massnahme während der Corona-Krise, drohen Strafverfahren. Kritisiert man das bunt gewordene Stadtbild, die zunehmende Kriminalität und das schwindende Sicherheitsgefühl – einfach, weil sich in der einst beschaulichen Schweiz zu viele dunkle Gestalten herumtreiben – schlägt sofort die Rassismus-Keule zu. Wer nicht vorbehaltlos ein Bekenntnis zu Homosexuellen abgibt, ist sofort schlicht ein Schwulenhasser. Und wehe, wer es wagt, die grüne Nachhaltigkeitsdoktrin als antikapitalistisches Umsturz-Gebilde und quasireligiöses Milliardenbusiness zu hinterfragen…

Mit ihrer Agenda beeinflussen die politisch Korrekten grosse Bevölkerungsteile und die etablierten Pressehäuser helfen mit, uns zu disziplinieren, um uns mindestens widerwillig auf die vermeintlich richtige Seite der Geschichte zu schlagen.

Ganz in diesem Sinne ist gerade den Organisatoren des «Leonhard Kreises» einen Tag, bevor der Verein einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt wurde, vom «Tages-Anzeiger» viel unsachlicher Dreck über den Kopf geworfen worden. Der jungen Journalistin passte der neue Verein ganz offensichtlich schon einmal nicht: Im Sekretär der intransparenten «Operation Libero», der medial gehypten Anti-SVP-Kampfmaschine, glaubte sie, einen «Experten» gefunden zu haben, um die neue prominent besetzte Leonhard-Organisation in die «rechte Ecke» zu stellen und die verdienstvollen «alten weissen Männer» mit dem verschwörerischen Satz «Man organisiere sich bewusst ausserhalb demokratischer Strukturen und gebe sich politisch neutral» zu Demokratiefeinden abzustempeln.

Die Protagonisten des Vereins partizipieren nicht an Wahlen, sondern setzen auf die Hoffnung, dass möglichst viele Menschen die Idee der freien Meinungsäusserung tragen und eine Sprachpolizei verhindern möchten. Die Geschichte hat gezeigt, wohin repressive Massnahmen gegen das Volk führen. Sind die Menschen eingeschüchtert, verlieren sie übrigens auch den Geist für Innovation und Entwicklung, was uns die kommunistischen Länder deutlich aufgezeigt haben.

Der «Leonhard Kreis» mit dem Zürcher SVP-Alt Bundesrat Ueli Maurer setzt sich für die freie Meinungsäusserung ein. Bild: zVg

SVP-ARENA IN WETZIKON

Zwei Vorlagen, klare Ansagen und ein motivierter Nachwuchs

Im FBW-Museum Wetzikon trafen sich am Dienstagabend zahlreiche politisch Interessierte zur Abstimmungsarena der SVP Bezirk Hinwil. Auf dem Podium standen aktuelle Themen, die bewegen: Tempo 30 auf Hauptachsen und die Juso-Erbschaftssteuer. Alt Bundesrat Ueli Maurer sorgte als Ehrengast mit der Verleihung des Bachtelpreises für einen starken Schlusspunkt.

Zuerst stand die eidgenössische Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert», kurz «Initiative für eine Zukunft» im Zentrum. Dieses Juso-Begehren verlangt eine 50%-Steuer auf Nachlässen über 50 Millionen Franken zur Finanzierung des Klimaschutzes. Nationalrat Martin Hübscher (SVP) geisselte das Ansinnen als Frontalangriff auf Leistungsträger, Familienbetriebe und Arbeitsplätze. Er warnte vor dem Wegzug von Investoren und rief dazu auf, diese Gefahr für den Wohlstand abzuwehren. Er erinnerte das Publikum daran, dass 1% der Steuerzahlenden 40% der Steuereinnahmen ausmachen. «Der besten Kuh im Stall muss man Sorge tragen. Denn sie findet auch auf einer anderen Weide genügend Gras.»

Kantonsrätin Mandy Abou Shoak (SP) sah keine Gefahr, dass Unternehmen ins Ausland abwandern. Auf die Frage, wie Abou Shoak es rechtfertige, dass 2500 Personen das gesamte Klima retten sollen, entgegnete sie, dass diese wohlhabenden Personen dem Klima auch den meisten Schaden beifügen. Für Martin Hübscher ist klar: Die Initiative basiert auf vielen Unklarheiten. Unklar ist, wie der Verteilschlüssel aussieht und zu welchem Zweck die zusätzlich generierten Steuereinnahmen eingesetzt werden können.

Tempo 30 – Eine emotionale Debatte

Dann folgte die kantonale Mobilitätsinitiative. Diese Volksinitiative will flächendeckendes Tempo 30 auf Hauptstrassen verhindern und stattdessen Tempo 50 als Regel festschreiben. Kantonsrat Benjamin Walder (Grüne) sah die Mobilitätsinitiative als Bürokratiemonster und Bevormundung der Gemeinden. Die Standortgemeinden wissen am besten, wie das Verhältnis auf den entsprechenden Abschnitten aussieht und sollen selbst entscheiden dürfen. Kantonsrat Daniel Wäfler (SVP) warb entschlossen für ein Ja. Er betonte, die Vorlage schaffe klare Verhältnisse für flüssigen Verkehr. «Wer unterwegs ist, will ankommen», so Wäfler. Wäfler wies darauf hin, wie wichtig das Durchkommen für die Blaulichtorganisationen ist. Mit Tempo 30 werden diese ausgebremst, was zu lebensbedrohlichen Situationen führen kann.

«Tempo 30 wird nur aus Lärmgründen eingeführt», so Martin Hübscher. Er führte aus, dass Tempo 30 aus purem Egoismus befürwortet wird und dabei Sicherheitsgedanken in den Hintergrund rücken. Der Ausweichverkehr durch die Quartiere würde weiter zunehmen, die Sicherheit der Anwohnenden somit nachhaltig geschwächt.

Zudem ist Tempo 30 ein Angriff auf die Versorgung durch Lieferanten aller Art. Die Versorgung aller wird primär über den Strassenverkehr sichergestellt. Mit Tempo 30 werden auch diese Gütertransporte torpediert, so Martin Hübscher. «Damit die Lebensmittelregale am Morgen gefüllt sind, muss der Verkehr rollen.»

Bachtelpreis – Der Zukunft gewidmet

Zum Abschluss überreichte Ueli Maurer den Bachtelpreis der SVP Bezirk Hinwil; eine Auszeichnung ins Leben gerufen, um Personen aus der Bezirkspartei für besondere Verdienste auszuzeichnen. Dieses Jahr wurde der Preis an junge, engagierte Parteimitglieder gewidmet. Samuel Dobmann, Parlamentskandidat aus Wetzikon, Benjamin Stricker und Seraina Billeter, Gemeinderätin aus Bubikon, wurden stellvertretend für alle aufstrebenden jungen Personen in der Politik mit dem Preis ausgezeichnet.

Seraina Billeter,
Gemeinderätin und Präsidentin
SVP Bubikon

v.l.n.r.: Kantonsrätin Mandy Abou Shoak (SP), Kantonsrat Benjamin Walder (Grüne), Bezirksparteipräsident René Schweizer und die beiden SVP-Politiker Martin Hübscher und Daniel Wäfler. Bild: Adrian Wegmann

MEDIENMITTEILUNG DER SVP-SEKTIONEN WINTERTHUR ALTSTADT-MATTENBACH UND SEEN

Stadt drückt unsinniges Tösstalstrasse-Projekt trotz massiver Kritik aus der Bevölkerung durch!

Vor anderthalb Jahren hat ein Komitee der SVP-Sektionen Altstadt-Mattenbach und Seen in nur zwei Wochen 1500 Unterschriften gegen das Tösstalstrasse-Projekt der Stadt gesammelt.

Für eine Volksinitiative braucht man in Winterthur nur 1000 Unterschriften. Manche Initiativkomitees sammeln monatelang, um diese Zahl zu erreichen. Das macht klar: Der Unmut in der Bevölkerung ist riesengross. Insbesondere der Abbau der bestehenden Lichtsignalanlage und der unsinnige Mischverkehrsstreifen erregt die Gemüter.

Klammheimliche Verschlimmerung des Projekts ist undemokratisch

Nun legt die Stadt das definitive Projekt öffentlich auf. Dabei zeigt sich, dass die Stadt das von 1500 Personen eingebrachte Anliegen nicht nur komplett ignoriert, sie verschlimmert das Projekt sogar:

- Verkehrsbehinderungen wie Fahrbahnhaltestellen und Verbauungen in der Strassenmitte bleiben!
- Verschwendung von über 20 Millionen Franken an Steuergeldern für 1,5 km Strasse!
- Mobilitätseinschränkungen für die Bevölkerung des ganzen Kantons, Wirtschaft, Gewerbe sowie Rettung und Feuerwehr!
- Einführung von Tempo 30 auf dem ganzen Abschnitt von Zwingliplatz bis Landvogt-Waser-Strasse und darüber hinaus! (vorher nur 300 m langer Teilabschnitt)

Das Vorgehen der Stadt zeigt, dass ihr Kritik lästig ist. Im Mitwirkungsbericht verdankt sie einzelne wohlwollende Rückmeldungen fast schon überschwänglich. Die von 1500 Personen eingebrachten Forderungen bleiben dagegen unberücksichtigt. Die Veröffentlichung eines massiv abgeänderten Projekts geschieht klammheimlich und ohne die Bevölkerung über die Medien zu informieren. Das ist inakzeptabel, denn in der Zwischenzeit läuft die Rekursfrist!

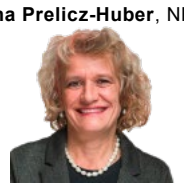
Das Komitee «Tösstalstrasse muss offenbleiben!» ist enttäuscht, dass der Stadtrat auf die berechtigten Anliegen aus der Bevölkerung nicht eingeht und nicht nur stur an seinem Projekt festhält, sondern es sogar noch verschlimmert! Der Stadtrat handelt ideologisch und undemokratisch. Das gesetzlich vorgeschriebene Mitwirkungsverfahren wird so zur absoluten Farce und einer rein bürokratischen Übung. Das Komitee gibt jedoch nicht auf und kämpft weiter. Es ruft die Bevölkerung zur breiten Unterstützung des Rekursverfahrens dagegen auf.

SVP Bonstetten
www.svp-bonstetten.ch

Einladung zum Podium Bonstetten im Gemeindesaal
Dienstag, 4. November 2025 (19.30 Uhr)

Erbschaftsinitiative der JUSO

Pro:
Katharina Prelicz-Huber, NR, Grüne



Kontra:
Mauro Tuena, NR, SVP

Mobilitätsinitiative

Pro:
Ueli Pfister, KR, SVP

Kontra:
Thomas Schweizer, KR, Grüne

Podium Bonstetten zur Volksabstimmung vom 30. November 2025. Besuchen Sie unsere öffentlichen Podiumsgespräche. Wir freuen uns, viele Interessierte am 4. November begrüssen zu dürfen.

SVP Bonstetten

Termin eintragen

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 30. November 2025

Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)»	NEIN
2. Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»	NEIN

Kantonale Vorlagen

1. Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) (Änderung vom 7. April 2025; Prämienerbilligung, Bundes- und Kantonsbeitrag)	NEIN
2. A. Kantonale Volksinitiative «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität»	NEIN
B. Gegenvorschlag des Kantonsrates vom 12. Mai 2025	NEIN
Stichfrage	Gegenvorschlag
3. A. Kantonale Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich»	NEIN
B. Gegenvorschlag des Kantonsrates vom 30. Juni 2025	JA
Stichfrage	Gegenvorschlag
4. Strassengesetz (StrG) (Änderung vom 31. März 2025)	JA

Kantonsrat Zürich | Parlamentsdienste

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht ein

Ersatzmitglied für das Verwaltungsgericht (SVP)

für den Rest der Amtsdauer 2025-2031

Das Verwaltungsgericht ist oberste kantonale Gerichtsinstanz im Bereich des Verwaltungsrechts. Es hat sowohl kantonales Recht als auch grosse Teile des Bundesverwaltungsrechts anzuwenden. Das Verwaltungsgericht ist insbesondere zuständig für Streitigkeiten betreffend Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrecht, Enteignungsrecht, Steuerrecht, Kausalabgaberecht, Personalrecht, Fürsorgewesen, Gesundheitswesen, Submissionswesen, Ausländerrecht, Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, Massnahmen nach Gewaltschutzgesetz, Straf- und Massnahmenvollzug, Administrativmassnahmen im Strassenverkehr, Polizeirecht.

Anforderungen

- Vertiefte Kenntnisse im Verwaltungsverfahrensrecht und durch Praxis oder wissenschaftliche Tätigkeit erworbene Spezialkenntnisse in mindestens einem Gebiet des besonderen Verwaltungsrechts
- Mehrjährige Tätigkeit in einer Verwaltung, an einem Verwaltungsgericht oder einer Vorinstanz oder Anwaltstätigkeit mit Schwerpunkt öffentliches Recht
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich
- Alter bei Amtsantritt unter 65 Jahren
- Einwandfreier Leumund

Der Sitz wird von der Fraktion der SVP beansprucht. Die jährliche Besoldung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldung der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Verwaltungsgerichts vom 7. Juli 1997 (LS 175.22).

Umfassende Informationen zum Verwaltungsgericht finden Sie im Internet unter www.vgrzh.ch. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, Nathalie Malinowski, unter 043 259 20 67.

Interessiert?
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit den üblichen Unterlagen sowie einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum **14. November 2025.**

06.11.2025
STOP Sprayereien!

19:30 UHR
Grafschaftstrasse 55, Singsaal Eichi

Eine Informationsveranstaltung über Prävention und Strafverfolgung von illegalen Sprayereien. Eintritt frei!

www.svp-niederglatt.ch/termine/sprayereien

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480
Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6 % MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6 % MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden Dienstag, 16.00 – 21.00 Uhr, Restaurant Altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss https://event.evagic.com/svp-uster.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 4. November 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit Nationalrat Mauro Tuena und Kantonsrat Ueli Pfister.

Mittwoch, 26. November 2025, 15.00 – 20.00 Uhr, Chlaustreffen, Zentrum Burgwies, Bonstetten.

Bezirk Bülach/Rafz
Dienstag, 4. November 2025, 19.30 Uhr, Informationsabend zum Vertragspaket Schweiz–EU, Gasthof zum goldenen Kreuz, Landstrasse 15, Rafz, mit Alt Bundesrat Ueli Maurer.

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt
Donnerstag, 6. November 2025, 19.30 Uhr, Infoabend zum Thema «Illegale Sprayereien», Singsaal Eichi, Grafschaftstrasse 55, Niederglatt.

Bezirk Dielsdorf/Steinmaur
Donnerstag, 27. November 2025, 19.30 Uhr, Infoanlass zum Rahmenabkommen, Restaurant Kreuz, Bachserstrasse 7, Steinmaur, mit den Nationalräten Gregor Rutz und Barbara Steinemann sowie Kantonsrat Urs Wegmann.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf
Mittwoch, 19. November 2025, 19.30 Uhr, Infoanlass zum Rahmenabkommen, Restaurant Brüelmatt, Dorfstrasse 10, Birmensdorf, mit den Nationalräten Barbara Steinemann, Gregor Rutz und Martin Haab.

Bezirk Dietikon/Urdorf
Mittwoch, 19. November 2025, 18.00 Uhr, Politanlass, Embrisaal, Im Embri 8, Urdorf, mit Nationalrat Benjamin Fischer sowie den Kantonsräten Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich, und Roger Schmidinger.

Bezirk Horgen/Wädenswil
Samstag, 8. November 2025, 09.00 – 11.00 Uhr, Flyerverteilaktion, Treffpunkt K-Kiosk, Zugerstrasse, Wädenswil.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Dienstag, 4. November 2025, 17.30 Uhr, Herbstanlass, bei AVIA-Tankstelle, Hauptstrasse 54, Ehrikon. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Bezirk Uster/Volketswil
Samstag, 15. November 2025, 10.30 – 13.30 Uhr, Adventsbrunch, Gemeinschaftszentrum, In der Au 1, Volketswil, mit Nationalrat Gregor Rutz. Anmeldung bis 12. November 2025 an info@svp-volketswil.ch.

Stadt Winterthur
Mittwoch, 19. November 2025, bis Sonntag, 23. November 2025, SVP-Stand an der Wintimäss, Eulachhallen, Wartstrasse 73, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 10
Freitag, 14. November 2025, 18.30 Uhr, Politapéro und Nachtessen, Restaurant Schützenstube, Kappenbühlstrasse 80, Zürich-Höngg, mit Alt Bundesrat Ueli Maurer.

Samstag, 15. November 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, Zürich-Wipkingen.

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 31. Oktober 2025, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Restaurant Bürgli, Seebacherstrasse 65, Zürich, mit Kantonsrat Marc Bochsler.

Samstag, 8. November 2025, 13.45 Uhr, Ausflug zur Schutz & Rettung Zürich Wache Süd, Treffpunkt vor dem Eingang, Weststrasse 4, Zürich. Anschliessend Apéro. Anmeldung bis 4. November 2025 an peter.schick@bluewin.ch.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 21. Februar 2026, 09.00 – 16.00 Uhr, Jasscup der SVP Schweiz, Breitisaal, Seebnerstrasse 21, Winkel. Weitere Informationen zur Anmeldung folgen.

Einladung zum
Polit-Lunch

SVP des Bezirks Andelfingen - Wir machen Politik fürs Weinland.

Richterin
Evelyne Steiner

Staat im Papierkrieg
«Gesetzesflut legt Behörden lahm.»

WANN:
Mittwoch,
5. November 2025
11.30 – 14.00 Uhr

PROGRAMM:

11.30 Uhr	Apéro
12.00 Uhr	Mittagessen *auf Kosten der Teilnehmer*
13.00 Uhr	Referat
13.30 Uhr	Diskussion
14.00 Uhr	Ende

WO:
Hotel-Restaurant Baumgarten
Rudolfingerstrasse 2
8463 **Benken ZH**

Besten Dank für Ihre **Anmeldung** bis **Sonntag, 2. November 2025**
(bitte Menu-Wahl angeben: Fleisch oder Vegetarisch)

Anmeldung:
ycaspar@sunrise.ch oder
Tel: 079 521 71 34 (Fr. Caspar)
oder **per QR-Code**

Alle sind herzlich willkommen!